

# Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Druckort: Dresden.  
Verleger: Carl Neubauer.  
Verlagsnummer: 28 241  
Für den Verleger: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich M. 50.—, oder durch die Post bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich M. 55.—.  
Die Spalte 32 mm breite Zeile M. 12.—, außerhalb S. 15.—, Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsmarkt, 1 spaltig M.— und 2 spaltig M. 2.—, Nachsch. Bezugsgebühren laut Tarif. Auswärtige Bezugsgebühren. Einzelnummer M. 2.—, Sonntagsausgabe M. 3.—.  
Nachdruck nur mit schriftlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unersuchte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Schriftleitung und Hauptverlag:  
Mariusstraße 38/40.  
Druck u. Verlag von Neufuss & Reichardt in Dresden.  
Polisch-Konto 1068 Dresden.

**Café Hülfert**  
Konditorei  
Prager Straße, Ecke Sidonienstraße.

14 Ring-straße  
**Königsdielen** Ring-straße 14  
Vornehmes Restaurant

**Schokolade**  
**Deutschmeister**  
wirklich hervorragende Qualität  
Petzold & Aulhorn A.-G., Dresden

## Ende des Streits zwischen München und Berlin.

### Einverständnis der Regierungsparteien mit den Berliner Abmachungen.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)  
München, 22. Aug. Der Kampf Bayerns um die letzten Reste der Hoheitsrechte hat heute seinen Abschluß gefunden. Nachdem bereits gestern der Ministerrat den letzten Berliner Abmachungen zugestimmt hatte, waren heute die Vertrauensmänner der Koalitionsparteien mit der Regierung im Ministerium des Inneren versammelt. Es wurde den Vertrauensmännern das Ergebnis der Berliner Verhandlungen und die Zustimmung des Ministerrats mitgeteilt.

Das Resultat der etwa dreistündigen gemeinsamen Beratung war, daß auch die Vertreter der Koalitionsparteien ihr Einverständnis mit dem Beschlusse des Ministerrats erklärten.  
In unmittelbarem Anschluß an diese gemeinsame Sitzung tagte der Arbeitsschön der Bayerischen Volkspartei im Landtage, der die Stellungnahme der Vertreter der bayerischen Volkspartei billigte. Damit ist parlamentarisch der Kampf zwischen Berlin und München um die Verbesserung der Sonderausgleichsbedingungen abgeschlossen.

Die Verhandlungen mit der Reparationskommission.  
Berlin, 22. August. Die von unterrichteter Seite zu den Verhandlungen mit der Reparationskommission mitgeteilte, ist der Standpunkt in den grundsätzlichen Fragen unverändert, der sich durch die Leistungsfähigkeiten und Grenzen der deutschen Wirtschaft ergibt. Man ist an den maßgebenden Stellen befreit, diesem Standpunkt Geltung zu verschaffen, indem man sich bemüht, alles überflüssige formelle Gezier auszuscheiden. Die Verhandlungen gehen im engen Kreise vor sich. Reichsfinanzminister Hermes stellte die Verbindung zwischen Kabinett und Kanzler einerseits und den beiden Delegierten andererseits her. Die Fragen, die erörtert werden, sind so heikler Natur, daß mit größter Behutsamkeit zu Werke gegangen werden muß.

## Die Verhandlungen mit der Reparationskommission.

Sermes vermittelt.  
Paris, 22. Aug. Nach den ersten Berichten, die über die Verhandlungen der Reparationskommission in Berlin hier einlaufen, hat man in hiesigen diplomatischen Kreisen den Eindruck, daß Staatssekretär Bergmann und Finanzminister Hermes für die Forderungen der Delegierten der Reparationskommission ein gewisses Verständnis gezeigt haben. Das in Berlin zu treffende Abkommen soll, nach Meinung hiesiger politischer Kreise, vor allem den Zweck haben, einen Druck auf Deutschland zu vermerken, bis es im November den Alliierten möglich sein werde, in einer neuen Konferenz eine Lösung der Reparationsvorschläge zu finden. Für die heutige Nachmittagssitzung erwartet man deutschseits neue Vorschläge, die einen Ersatz für die französischen Forderungen auf die bekanntlich Pfänder sein sollen.  
Keine Instruktionen der Entente-Unterhändler.  
Berlin, 22. Aug. In Berliner diplomatischen Kreisen will man wissen, daß die Delegierten der Reparationskommission keine Instruktionen der einzelnen Entente-Regierungen besitzen, sondern sich lediglich auf Erklärungen stützen, die innerhalb der Reparationskommission angefertigt wurden. Es heißt, daß innerhalb der Reparationskommission die Meinung bestehe, abermals gewisse Bürgschaften von Deutschland zu fordern. Auf der anderen Seite sollen aber auch Zugeständnisse an Deutschland vorgelegt sein.

## Neue deutsche Vorschläge?

Paris, 22. Aug. Nach den ersten Berichten, die über die Verhandlungen der Reparationskommission in Berlin hier einlaufen, hat man in hiesigen diplomatischen Kreisen den Eindruck, daß Staatssekretär Bergmann und Finanzminister Hermes für die Forderungen der Delegierten der Reparationskommission ein gewisses Verständnis gezeigt haben. Das in Berlin zu treffende Abkommen soll, nach Meinung hiesiger politischer Kreise, vor allem den Zweck haben, einen Druck auf Deutschland zu vermerken, bis es im November den Alliierten möglich sein werde, in einer neuen Konferenz eine Lösung der Reparationsvorschläge zu finden. Für die heutige Nachmittagssitzung erwartet man deutschseits neue Vorschläge, die einen Ersatz für die französischen Forderungen auf die bekanntlich Pfänder sein sollen.  
Keine Instruktionen der Entente-Unterhändler.  
Berlin, 22. Aug. In Berliner diplomatischen Kreisen will man wissen, daß die Delegierten der Reparationskommission keine Instruktionen der einzelnen Entente-Regierungen besitzen, sondern sich lediglich auf Erklärungen stützen, die innerhalb der Reparationskommission angefertigt wurden. Es heißt, daß innerhalb der Reparationskommission die Meinung bestehe, abermals gewisse Bürgschaften von Deutschland zu fordern. Auf der anderen Seite sollen aber auch Zugeständnisse an Deutschland vorgelegt sein.

## Die nächste Konferenz in Brüssel.

London, 22. August. Der Brüsseler Berichterstatter des „Daily Telegraph“ berichtet, in Brüssel werde erklärt, daß die große Konferenz, auf der die Fragen der Reparationen, sowie der internationalen Anleihe erörtert werden sollen, in Brüssel stattfinden werde. Poincaré habe Privatgespräche mit Vertretern anderer alliierter

ungen hat. Allerdings ist beim Staatsgerichtshof der Rechtsstandpunkt nicht gerettet worden. Es wird also die Aufgabe Bayerns sein, mit allen verfügbaren Mitteln dahin zu wirken, daß der Staatsgerichtshof auch als Ausnahmegericht beseitigt wird. Der zugestandene föderal deutsche Senat ist doch bis zu einem gewissen Grade, wenn er auch noch zusammenberufen und in seiner Rücksichtnahme auf föderalistische Bedürfnisse den bayerischen Forderungen nimmere entgegenkommt, doch ein Ausnahmegericht. In der Rundgebung der Bayerischen Volkspartei wird dann hervorgehoben, daß die bayerische Staatsregierung mit Befriedigung auf die Erfolge zurückblicken kann, die sie für den föderalistischen Staat, nicht nur in Bayern, sondern in ganz Deutschland, errungen hat. Aufgabe aber wird es sein, zu erreichen, daß der Reichstag den Vändern jene Garantien gibt, die sie brauchen, um in Ruhe ihre staatlichen Aufgaben im Reich erfüllen zu können. Die Rundgebung schließt dahin aus, daß der Verfassungsfriede in Deutschland erst dann wirklich hergestellt sein wird, wenn die Verfassung selbst zum Garant eines unantastbaren Besitztandes der Hoheitsrechte der Länder gemacht ist.

## Eine Ansprache Hindenburgs an die Münchner Volksmenge.

Von unserem Sonderberichterstatter.  
München, 22. Aug. Hindenburg hielt am späten Abend an die Volksmasse noch eine Ansprache, in der er ausführt: Wir wollen einig sein, trenn sein und Würde bewahren. Dann wird es mit unserem Vaterlande und mit dessen Größe wieder vorwärts gehen! Dann wird es wieder zu Ehren kommen! Nun gemeinsam zu arbeiten, sei das Verdienst dieser Weisheit! Tausende von Stimmen fielen brausend in den Ruf des greisen jugendlichen Führers ein: „Anker festes, unter unglückliches, aber um so mehr geliebtes deutsches Vaterland, es lebe hoch!“ Die Menge umschloß den Reichspräsidenten und die Mitglieder der Reichsregierung. Auf Wiedersehen, auf Wiedersehen!

## Banderlip über die Reparationsfrage.

Paris, 22. Aug. Die „Information“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem amerikanischen Bankier Banderlip über die Reparationsfrage, in der dieser u. a. sagte: Die Lage in Italien und Ungarn ist schwierig, aber in Deutschland ist sie am kritischsten. Der Niedergang der Welt wird industrielle Depressionen, Arbeitslosigkeit, Preissteigerungen im Innern und soziale Unruhen im Gefolge haben. Die Haltung Frankreichs in der Reparationsfrage ist durchaus berechtigt, aber wenn es viel verlangt, läßt Frankreich Gefahr, wenig zu erhalten. Im Juni dieses Jahres waren die Aussichten für die Unterbringung einer bedeutenden internationalen Anleihe auf dem amerikanischen Markt verhältnismäßig günstig. Heute sind die Aussichten viel schlechter, denn der Niedergang der Welt hat die Lage Deutschlands erschwert. Banderlip sprach dann von den internationalen Schulden und erklärte: Amerika ist der Ansicht, daß eine Jubilee am 1. März bedeutend genug gewesen sei, und daß man jetzt die Berechtigung der Anleihe, der es zugestimmt habe, nicht bezweifeln sollte. Wenn noch keine Schuldner zu ihm gekommen wären und gesagt hätten: Ich kann nicht bezahlen, so und so sieht es bei mir aus, dann wären die Anzahlungsbedingungen sicherlich anständiger gewesen. Amerika hätte selbst neue Anleihen gewähren können. Aber die Erörterungen, die bezüglich der Schulden in Europa begonnen haben, haben die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten beträchtlich abgekühlt. Die europäischen Nationen, mit Ausnahme von England, haben überdies in ihrem Budget nichts über die Rückzahlung ihrer Schulden an Amerika vorgeesehen, so daß man sagen kann, daß die Schuldfrage heute der Schlüssel der Finanzlage ist. (B. Z. V.)

## Litauens Ansprüche auf Memel.

Paris, 22. Aug. Die Völkervertragskonferenz hat kürzlich Litauen de jure anerkannt. Die litauische Regierung hat darauf in einer Note an die Völkervertragskonferenz die Forderung erhoben, daß nunmehr auf Grund des Friedensvertrages das Memelgebiet einverleibt werde. Die litauische Regierung spricht die Überzeugung aus, daß nach der Anerkennung Litauens seitens der alliierten Mächte und der Vereinigten Staaten keine Hindernisse mehr für den Anschluß des Memelgebietes an Litauen bestehen werden. Sie erinnert weiter mit Bestimmtheit an die Antwort der alliierten Mächte an die deutsche Delegation der Friedenskonferenz, in der seitens der Alliierten erklärt wurde, daß das erwähnte Gebiet fest litauisch war und daß Memel und sein Gebiet den Alliierten und den Vereinigten Staaten in Obhut gestellt werde, bis das Statut des litauischen Staates festgelegt worden sei.

Dollar (Freiverkehr): 1300

## Zur bevorstehenden Entscheidung über die Landtagsauflösung in Sachsen.

Im Landtage soll am heutigen Mittwoch die Entscheidung darüber fallen, ob das Parlament unserer engeren Heimat gemäß dem Volksbegehren an sich selbst die Prozedur der Entleerung vollziehen oder ob es warten will, bis der Wille des souveränen Volkes ihm den Lebensabend durchschneidet. Da der Ausgang infolge der Stellungnahme der Kommunisten, die in ihrer bestimmten und vorbehaltenen Lösung keinen Unfall offen läßt, von vornherein in dem Sinne gesichert ist, daß der Landtag dem Volksbegehren strotzt und sich selbst auflöst, es also nicht erst zum Volksentscheid kommen läßt, so entbehrt die Lage des spannenden Reizes, den sie durch eine Ungewißheit des Ergebnisses der Abstimmung erhalten würde. Gleichwohl ist es kein alltäglicher parlamentarischer Vorgang, der sich heute im Landtage abspielen wird, sondern die Reife der Ereignisse und Entwicklungen, die im Verlaufe der innerpolitischen Kämpfe bis zu dem jetzigen Wendepunkt vorübergezogen ist, bietet mannigfache Begleiterscheinungen und Zusammenhänge von hohem Interesse, von denen aus helle Schlaglichter auf die Triebkräfte der sozialdemokratischen Parteipolitik fallen. Es ist daher vom bürgerlichen Standpunkte aus von größtem Werte, daß man gerade angeht des nunmehr in sicherer Aussicht stehenden Wahlskampfes nochmals alle wesentlichen Momente der Lage zusammenfassend würdigt und daraus die Folgerungen für das weitere Verhalten im Sinne einer starken bürgerlichen Einheitsfront zieht.

Seit dem Beginn der Herrschaft der jetzigen Mehrheit Ende 1920 lieferte nahezu jeder Monat neue Beweise für die Unmöglichkeit einer geordneten staatlichen Geschäftsführung mit Hilfe einer Zweistimmenmehrheit, die nicht einmal unter allen Umständen zuverlässig war, sondern ganz von der Gnade der Kommunisten abhing. Das kommunistische Jünglein an der Wage schwankte bald nach rechts und bald nach links, und jeder Anschlag nach der linken Seite mußte von den Mehrheitssozialisten und Unabhängigen durch radikale Zugeständnisse teuer bezahlt werden. Dadurch kam in die gesamte Staatspolitik eine hochgradige Unsicherheit, die das öffentliche Leben lähmte und schließlich in der Ablehnung des Justiz- und Polizei-Erlasses durch die bürgerlichen Parteien mit kommunistischer Unterstützung zur Krise führte. Die Verhältnisse schrien förmlich nach einer gründlichen Forderung, und da eine solche durch eine bloße Umbildung der Regierung nicht zu erzielen war, so blieb nur der Weg des Volksbegehrens zur Auflösung des Landtages und Herbeiführung von Neuwahlen übrig. Wenn nun alles mit rechten demokratisch-parlamentarischen Dingen zugegangen wäre, so hätten Regierung und Landtag einmütig die durch das Volksbegehren vorgezeichnete Lösung der Krise als Rettung aus einer völlig verfahrenen und unhaltbaren Lage begrüßen müssen. Das war aber nur bei den Bürgerlichen und den Kommunisten der Fall, während die Mehrheitssozialisten und Unabhängigen Späne machten. Jenen war bei der Aussicht auf Neuwahlen nicht wohl zumute, wenn sie auch äußerlich, um das Gesicht zu wahren, eine scheinbare Stoenes-zuversicht zur Schau trugen. Mit dieser stimmte es aber nicht überein, daß sie den Anitra stellen, den Anknüpfungspunkt zu bestrafen, so daß er erst in dem Augenblick des Zusammentritts des neugewählten Landtages praktisch wirksam werden und der alte Landtag bis dahin seine volle verfassungsmäßige Zuständigkeit behalten sollte. Dieser Antrag wurde damit begründet, daß andernfalls eine Reihe wichtiger Gesetze, darunter insbesondere die Gemeindeförderung, gefährdet wäre. Auf die Gemeindeförderung legt die Mehrheitssozialdemokratie deshalb besonderen Wert, weil sie die Gemeindeförderung, die den Wurzelboden für das staatliche und soziale Leben darstellt, ganz mit sozialistischem Geiste durchdringen und so eine Verödung für den Sozialismus gegen die Gefahren schaffen soll, die ihm auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete durch die abweichende Regsamkeit des Bürgertums zu erwarten drohen. Es ist also eine ganz offenbare Zweck- und Machtpolitik, die mit der vorgeschlagenen Verfassungsänderung von der Mehrheitssozialdemokratie verfolgt wird. Hierbei Hilfe zu leisten, haben die bürgerlichen Parteien nicht den mindesten Anlaß, und es ist daher auch bedauerlich, daß die Demokraten, die sich von der Schwäche der Nachgeblichkeit gegen doktrinaire Verfassungskonstruktionen nur schwer befreien können, aus unangebrachten grundsätzlichen Erwägungen der Sozialdemokratie einen halben Schritt entgegengekommen sind, indem sie die Verlängerung des Daseins des alten Landtages unter gewissen Beschränkungen seiner Zuständigkeit zugestehen wollen. Für das richtige bürgerliche Empfinden kann hier nur die eine Richtschnur maßgebend sein, daß es nicht angängig ist, um eines besonderen parteipolitischen Zweckes der Sozialdemokratie willen den gewichtigen Apparat einer Verfassungsänderung in Bewegung zu setzen. Ein zwingendes sachliches Bedürfnis liegt dazu in keiner Weise vor. Die alte Reichsverfassung hatte für einen aufgelösten Reichstag keine Extrawahl in Bereitschaft und kam damit reibungslos durch, in der

# Die Teuerungswelle über Mitteleuropa.

## Die neuen Tarifierhöhungen.

Berlin, 22. August. Mit Rücksicht auf das schnelle Sinken des Weizenpreises, sowie darauf, daß zum 1. September 1922 die Güter- und Exportzölle auf 50 Prozent erhöht werden, wird die für den 1. Oktober 1922 vorgesehene Erhöhung der Gewerbesteuer auf 10 Pf. für 10 Altkorogramm und einen Kilometer Lohn am 1. September 1922 in Kraft treten. Die Gewerbesteuer wird am 1. Oktober 1922 um weitere 50 Prozent erhöht. Von diesem Tage ab beträgt also der Novembertag 15 Pf. für 10 Altkorogramm und einen Kilometer und die Mindestkraft 15 Pf.

### Die Finanznot der Gemeinden.

Berlin, 22. Aug. Im Reichsfinanzministerium beteiligten gestern Vertreter der kommunalen Spitzenverbände (Deutscher Städteverband, Verband deutscher Landkreise, Reichsstadtebund und Vertreter der Landgemeinden) mit den Finanzen- und Innenministern der einzelnen Länder über die Möglichkeiten einer Abhilfe für die Finanznot der Gemeinden und Gemeindeverbände. Gegenstand der Verhandlungen waren die neuen Grundlagen für das Landessteuergesetz, insbesondere die Wiedereingewährung eines kommunalen Zuschlagsrechtes zur Einkommensteuer, ferner eine Erhöhung der Umlagensteuer um etwa 1 Prozent mit dem ausschließlichen Zweck, der Stärkung der kommunalen Finanzen zu dienen, die Wiedereingewährung der Grunderwerbsteuer auf Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und schließlich die sofortige Gewährung von Zuschüssen zur Erhaltung der Liquidität der Kommunen. Zur Beratung der Einzelheiten wurde ein Ausschuss gewählt, der seine Verhandlungen heute beginnt.

### Eine Eingabe des Reichsverbandes der deutschen Kolonialhändler.

Berlin, 22. Aug. Die Folgen der erschreckenden Marktentwertung beginnen sich jetzt in fühlbarer Weise einzustellen. Nachdem der Dollar zum Maßstab unserer Wirtschaftsverhältnisse geworden ist, wollen nunmehr auch die Lebensmittelhändler ihre Preise nach dem jeweiligen Dollarkurs festsetzen und verlangen aus diesem Grunde eine weitgehende Milderung der bestehenden Gesetze, insbesondere der Zuckersteuergesetze. So hat sich heute der Reichsverband der deutschen Kolonialwarenhandlung mit einer dringlichen Eingabe an den Reichsernährungsminister gewandt, in der es u. a. heißt: Die katastrophale Marktentwertung hat viele Tausende von selbständigen Existenzen aus unseren Berufsgruppen an den Bettelstab gebracht. Der Lebensmittelhändler, gezwungen durch absteigende Marktnahmen, hat sich im wahren Sinne des Wortes arm verkauft. Er ist dadurch das Opfer einer die Zeitverhältnisse außer Acht lassenden Gesetzgebung geworden. Die Hauptverpflichtung des Reichsverbandes weist die Mitglieder auf die zwingende Notwendigkeit hin, angesichts der wirtschaftlichen Unmöglichkeit, die Preisfestsetzung nach der Beschäftigtenlohntheorie der jetzigen Zuckersteuergesetzgebung vorzunehmen, für alle Anträge aus früheren Abschlüssen und Vorkaufverträgen als Verkaufspreis den am Tage des Verkaufes nachweisbar geltenden Wiederbeschaffungspreis zugrunde zu legen, ausnahmsweise eines angemessenen Aufschlages für die allgemeinen Geschäftskosten. Wo ausnahmsweise ein Wiederbeschaffungspreis nicht ermittelt werden kann, wird empfohlen, den Verkaufspreis der reinen Wertentwertung anzupassen. Die strafrechtliche Verantwortung des einzelnen für eine Preisbemessung nach diesen Grundsätzen bleibt bestehen. Die Verbände werden aber bei einem wegen einer nach diesen Richtlinien vorgenommenen Preisbemessung eingeleiteten Strafverfahren mit ihrer ganzen Autorität den Schutz des Mitgliedes übernehmen.

### Ein Brot täglich für die Wiener Arbeitlosen.

Wien, 22. Aug. Infolge der Teuerung hat die Regierung verfügt, daß die Arbeitlosen unter 14 Jahren, die zuerst für jedwede Arbeitlose 2500 und für Familienmitglieder 3000 Kronen pro Tag beträgt, von der nächsten Woche an 2000 Kronen für jedweden und 1400 Kronen täglich für Familienmitglieder erhöht wird. Da augenblicklich ein Maß Brot 4100 Kronen kostet, kann der verheiratete Arbeitlose für seine ganze Unterhaltung gerade ein Brot kaufen.

### Der Baluta-Ausverkauf in Abla.

Abla, 22. Aug. Zur Ausbesserung des Marktes zwischen Abla, Scharen von Ausländern im belgischen Gebiet, die alles, was sie haben, werden können, zusammenzufassen. Man schätzt die Zahl dieser Baluta auf 100 000. Die Geschäftsläden haben sich zunächst darauf zu schließen versucht, daß die nicht zur Verfügung stehenden Ausländer einen Preiszuschlag bis 100 Prozent zu tragen hätten. Als auch diese Maßnahme nichts half, ging eine Reihe großer Firmen dazu über, den Verkauf an Ausländer zu sperren. Viele Geschäfte haben ganz geschlossen, andere nur kundenweise geöffnet. Die Kölner Verbraucher, die Angehörigenverbände und die Gewerkschaften fordern energische Maßnahmen gegen diese neue Ausverkaufspolitik in Belgien. Die Zahl der Ausländer vom Vorjahr noch übersteigen.

### Streikpropaganda zur Bekämpfung der Teuerung in Oberschlesien.

Heute, 22. Aug. Die Arbeiter der Deichsel-Werke in Osnabrück demonstrierten, nachdem sie vorher in den Ausbesserungen waren, wegen der großen Teuerung. An der Demonstration beteiligten sich auch zahlreiche Arbeiter aus anderen Betrieben. Hierbei wurde zum Ausdruck gebracht, daß man sich für einen Generalkrieg entschließen werde, wenn die zuständigen Stellen die Teuerung nicht erfolgreich bekämpfen und die Arbeitgeber die durch die Teuerung aufzunehmenden Vorkauforderungen nicht bewilligen könnten. Diese Stimmung nützen nun kommunistische Elemente aus und propagieren im gesamten oberschlesischen Industriegebiet einen Generalkrieg zur Bekämpfung der Teuerung. Es ist ihnen gelungen, neue Anhänger zu gewinnen, so daß sich gegenwärtig eine sehr ernste Lage in Oberschlesien vorbereitet, die Schlimmes besorgen läßt. In verschiedenen Versammlungen wurde die Schuld an der Lage vornehmlich den Sozialdemokraten zugeschoben. In Rastow waren gestern die städtischen Behörden, Vertreter der Kaufmannschaft und der Gewerkschaften zu einer Sitzung vereinigt, um Maßnahmen gegen die Teuerung zu beschließen und die angebotene Selbsthilfe der Arbeiter zu verhindern.

### Polnische Baluta im Fleischhandel.

Breslau, 22. August. In Pommern-Oberschlesien ist eine amtliche Verordnung herausgegeben, in der die Kleinhandelspreise für Fleisch, Fleischwaren und Fett in polnischer Baluta festgesetzt werden, und zwar mit Rücksicht auf den dauernd sinkenden Kurs der deutschen Mark. Das bedeutet eine grobe Verletzung des Genfer Wirtschaftsvertrages, in dem festgelegt ist, daß bis auf weiteres die deutsche Baluta in Pommern-Oberschlesien bestehen bleiben soll. Der Einführung in polnischer Baluta muß eine Kündigung durch Polen vorausgehen, für die bestimmte Fristen festgelegt sind. Im übrigen stellt die Verordnung eine neue Belastung der Arbeiter und Angehörigen dar, die mit deutschem Gelde entlohnt werden.

### Bundeskanzler Dr. Seipel in Berlin.

Berlin, 22. August. Der österreichische Bundeskanzler Dr. Seipel ist heute nachmittag 6 Uhr in Berlin eingetroffen und vom Reichskanzler, Staatssekretär von Simons und Geheimrat Winkler vom Auswärtigen Amt empfangen worden. (W. T. B.)

Berlin, 22. Aug. Der Reichspräsident empfing heute abend 7 Uhr den österreichischen Bundeskanzler Dr. Seipel, den Finanzminister Segur und den österreichischen Gesandten in Berlin, Dr. Nield. Die Österreicher stotteten abends dem Reichskanzler Dr. Wirth einen Besuch ab. (W. T. B.)

Berlin, 22. August. Der deutsche Gesandte in Wien Dr. Pfeiffer trifft heute hier ein, um an den Besprechungen des Reichskanzlers mit dem österreichischen Bundeskanzler teilzunehmen.

### Dr. Seipel über die Anshuffrage.

Wien, 22. August. Bei einem Presse-Empfang in Prag erklärte Bundeskanzler Seipel nach Witterungsmeldungen auf die Frage, wie es sich mit der eventuellen Angliederung Österreichs an Deutschland verhalte: Wenn von der Anhebung an ein fremdes Reich die Rede ist, so ist es natürlich, daß Deutschland zuerst in Frage kommt und in Hintergrunde die Frage des Anschlusses steht. Man könnte ja auch den Anschluß legal durch Ansuchen beim Völkerbunde erzielen. Ob dies ratsam geschehen würde, ist nicht abzusehen. Viel wird davon abhängen, wie unsere Reise ausfällt. (W. T. B.)

### Das Ergebnis der Prager Besprechungen.

Wien, 22. August. Das Ergebnis der Reise Dr. Seipels ist die Auffassung eines „positiven“, der in österreichischer Art rund 15 Millionen beträgt und es der österreichischen Regierung ermöglicht wird, bis zur Durchführung der Erziehung der Notenbank und der neuen Steuer- und Teuerungsmassnahmen auszuhalten.

### Die Europa-Politik Amerikas.

Berlin, 22. Aug. Zu den in Frankreich gehaltenen Hoffnungen auf einen Umsturz der amerikanischen Europa-Politik nach den Wahlen im Herbst schreibt „New York Herald“, man müsse immer wieder betonen, daß die inneren Schwierigkeiten, mit denen die Regierung der Vereinigten Staaten augenblicklich zu kämpfen habe, nicht das geringste mit der äußeren Politik zu tun haben. Selbst wenn die Demokratische Partei aus den Herbstwahlen siegreich hervorgehe und in der neuen Kammer die Mehrheit erhalten sollte, würde sie weder die Politik Wilsons noch den Völkerbundgedanken wieder aufnehmen können; denn es besteht keinerlei Anhaltspunkt für die Annahme, daß die inneren Schwierigkeiten in der Unzufriedenheit über die Außenpolitik Harding's ihren Grund haben. Im Gegenteil, der Präsident, der noch vor einem Jahre bestimmte Hoffnungen auf das Zustandekommen eines neuen Bundes der Nationen hatte, habe diesem Traum inzwischen entsagen müssen. Amerika laufe fort, seinen Blick nach Westen und nicht nach Osten zu richten, und an seine eigenen Geschäfte, statt an die übrige Welt zu denken.

### Protest gegen die Retorsionsmaßnahmen in Elsass-Lothringen.

Paris, 22. Aug. In den Morgenzeitungen wird nachgehender Protest der Straßburger Handelskammer gegen die Retorsionsmaßnahmen veröffentlicht: Laut Entscheidung des Herrn Generalkonsuls vom 5. d. M. sind in allen elsass-lothringischen Banken die den deutschen Staatsangehörigen gehörigen Guthaben und Werte gesperrt worden. Die Maßnahme trifft alle Deutschen, ob sie in den drei Departements wohnen oder außerhalb. Die Handelskammer glaubt, die Aufmerksamkeit des Herrn Ministerpräsidenten auf die schädlichen Wirkungen dieser Maßnahme für Handel und Industrie in unserm Bundesgebiet lenken zu müssen. Sie hat in der Tat die Folge

gehabt, daß einerseits die deutschen Zahlungen für elssässische Waren eingestillt und so die in Artikel 68 des Friedensvertrages vorgesehene Ausfuhr unterbunden wurde, und daß andererseits der Geschäftsverkehr von den elssässischen Banken abgelehnt wurde zugunsten der im Innern des Landes gelegenen Banken, die ihre Handelsfreiheit gegenüber dem Auslande behalten haben. Die Handelskammer verlangt nachdrücklich, daß unverzüglich diesem Zustand ein Ende gemacht wird, der die drei wiedererlangten Departements gegenüber den im Innern gelegenen benachteiligt, und erucht die fröhen Maßnahmen zum mindern auf die in Frankreich wohnhaften Deutschen zu beschränken, damit nicht jene Vorteile illusorisch gemacht werden, die uns durch den Friedensvertrag zugesichert worden sind. (W. T. B.)

### Eine englische Pressstimme zur Rede Poincarés.

London, 22. Aug. Witterungsmeldungen zufolge sind gutunterrichtete Kreise in London der Ansicht, daß Poincaré's Rede in Bar-le-Duc zum größten Teile für die französische öffentliche Meinung bestimmt war. „Fall Mail and Globe“ schreibt, Poincaré habe versucht, „es England zu geben“ in einer Weise, daß es selbst der „Times“ nicht mehr möglich sei, für Poincaré einzutreten. Der französische Ministerpräsident habe in das Horn der Pariser Blätter, die England kaum einen Grad weniger zu hassen scheinen, als die Deutschen hassen. Frankreich habe seine beste Gelegenheit für eine Kompensation vorbeigehen lassen, daß es höchstweise von dem Gedanken an bares Geld verlesen sei und nicht verstehen wolle, daß das Geld, mit dem seine Forderungen bezahlt werden können, nicht vorhanden sei. Wenn Frankreich weise gewesen wäre, so hätte es das deutsche Angebot, die Arbeitkräfte für den Aufbau des zerstörten französischen Gebietes zu stellen, angenommen. Frankreich sei dumm genug gewesen, dies abzulehnen und bares Geld zu fordern. Das einzige vorhandene bare Geld, das Frankreich heute finde, sei die wertvolle Mark. Poincaré's Garantiepolitik garantiere nur ein weiteres Fallen der Mark. Frankreich träume vergebens davon, daß es seine wirtschaftliche Gesundung durch Selbsttäfelung erreichen könne. (W. T. B.)

### Eine Drohrede Barthous.

Paris, 22. August. Nach einer Havas-Meldung aus Pau hielt bei Eröffnung des Generalkongresses Barthou eine Rede, in der er erklärte, er sei zur Konferenz nach Genava gegangen in der Absicht, die vollständige Liquidität Frankreichs darzulegen und Mißverständnisse, Legenden und Vermutungen zu zerstreuen, sowie zu erklären, daß Frankreich auf seine erworbenen Rechte nicht verzichten könne, die ihm durch den von 29 Mächten unterzeichneten Friedensvertrag zugesprochen worden seien. Im Verlauf der Genueser Verhandlungen habe es Schwierigkeiten gegeben, die noch nicht besannt seien; es werde aber die Stunde kommen, wo sie in vollem Umfange sein würden. Barthou sagte weiter, der europäische Friede könne für Frankreich nur dann annehmbar sein, wenn man ihm gegenüber alle Verpflichtungen, die ihm garantiert seien, erfülle, und wenn diejenigen, die den Krieg gewollt hätten, die Verantwortlichkeit dafür und seine Folgen auf sich nehmen. Frankreich sei seinen Freunden und Verbündeten treu. Aber es habe das Recht, auch von seinen Freunden und Verbündeten zu verlangen, daß sie ihm dieselbe Treue hielten. Es habe sich in den Augenblicken, die Opfer erforderten, an ihrer Seite befunden, und habe auch das Recht, von ihnen zu verlangen, daß sie im Augenblick der Reparationen ihm zur Seite stünden. Wenn man Frankreich aber die Frucht seines Sieges verweigere, dann sei Frankreich groß und hart genug, um zu handeln und zu verlangen, daß Deutschland seine Verpflichtungen erfülle, Frankreich habe für Deutschland genug bezahlt, es sei notwendig, daß Deutschland für die Verbundenen, die es befangen habe (!) und für die es verant-

Weimarer Verfassung ist auch keine derartige Bestimmung enthalten und so braucht der Reichstag ebenfalls keine Sondervorschrift für diesen Fall, um so weniger, als Art. 40 der Weimarer Verfassung die Möglichkeit für das Gesamtministerium an die Hand gibt, eine durch das Staatswohl dringend gebotene Anordnung, die der Zustimmung des Landtages bedarf, als Notverordnung zu erlassen, solange der Landtag nicht versammelt ist. Da auch die Kommunisten diesen Antrag kurz und bündig Stellung genommen haben, so ist kein Zweifel mangels der erforderlichen Zweidrittelmehrheit von vornherein besiegelt.

Es ist ein deutliches Schwächegefühl, das sich in dem mehrheitslosaltistischen Bestreben offenbart, vor der Auflösung des Landtages noch möglichst viel sozialistisches Gesetzgebungsweert unter Dach und Fach zu bringen; denn der Beweggrund ist doch lediglich die Angst, daß die Kommunisten ein Ergebnis zeitigen könnten, auf Grund dessen sich eine Annahme der Bürgerlichen an der Regierung nötig machen würde. Diese Seelenstimmung leuchtet deutlich aus einer Auslassung des Sozialdem. Parlamentsdieners hervor, in der es heißt, die Volksmehrheit im Landtage konnte es an sich auf den Volksentscheid ankommen lassen, da er „zweifellos“ zu einer „glänzenden Rechtfertigung“ der jetzigen Zweidrittelmehrheit führen würde, wenn nur — die dreimal verwehnten Kommunisten nicht wären, die den ganzen Prozeß verhindern. Und nun wird eine volle Schale des Wirmes über die Kommunisten ausgeschüttet. Die gegen die Interessen der werktätigen Volksmehrheit die Wünsche des Bürgertums und der Nationalisten beizubringen. Mit dem „Glanz“ der Rechtfertigung ist es also nichts, wenn nicht die Kommunisten den Fintel dazu herleihen. So ist es also mit der jetzigen Regierung und Mehrheit am Ende genau so wie am Anfang: ohne die Kommunisten ist kein Dasein möglich, und wenn diese sich widerspenstig zeigen, gibt es Schelte. Das haben die Kommunisten nun endlich fast bekommen und man kann ihnen billigerweise nicht verdenken, sie handeln in ihrer Art durchaus folgerichtig. Die Siegeszuversicht, die sie zur Zeit tragen, ist erst, was sie auch auf einer Unternehmung der Wucht und Kraft der bürgerlichen Opposition beruhen und darum von einer irrigen Voraussetzung ausgehen. Die Kommunisten glauben, daß die ansehnliche Vorgehensweise einen erheblichen Zuwachs an Stimmen bringen werde, und für die beiden anderen sozialistischen Gruppen wird dann nach kommunistischer Auffassung auch noch genug übrig bleiben, um im Gesamtresultat eine sozialistische Mehrheit zu bewahren, die im Landtag auf festen Füßen stehen vermöchte, als es dem jetzigen brüchigen Zweidrittelmehrheit beschieden ist.

Wie die Mehrheitslosaltisten und Unabhängigen sich im Wahlkampf mit den Kommunisten aneinanderzusetzen gedenken, ist ihre Sache; das Bürgertum braucht sich darüber nicht den Kopf der genannten Parteien zu zerbrechen. Erwünscht sei nur als bezeichnend für die herrschende Stimmung, daß das Organ der Unabhängigen sehr drohende Töne anschlägt und erklärt, der Kampf gelte zwar „in erster Linie“ dem kapitalistischen Bürgertum; wenn aber „wie schon so oft“, auch diesmal wieder die Kommunisten sich als „Zerstückler der Reaktion“ betätigten, so würden die sozialistischen Parteien die Hände an die Schürze auch gegen links zu führen müssen. Die Fehre, die sich aus diesen Verhältnissen für die bürgerlichen Parteien ergibt, ist ebenfalls wie einträglich: jedes parteipolitische Sonderbestreben muß bedingungslos zurückgelassen werden vor der alles überragenden und alles beherrschenden Notwendigkeit, in geschlossener Einheit voranzutreten auf dem Plan zu treten und so dem bürgerlichen Gedanken die größtmögliche Tothkraft zu verleihen. Wenn man den bürgerlichen Parteien wegen ihres bisherigen Verhaltens einen berechtigten Vorwurf machen kann, so ist es nur der, daß sie mit ihrer Ketten zur Klärung der verworrenen Lage zu lange gewartet haben. Schon längst hätten sie durch Ausrufung des Volkswillens den politischen Knoten mit klarem Blick durchschauen müssen, um mit dem allgemeinen im Lande als unentbehrlich empfundene Anhalten des Fortwuchses mit der Zweidrittelmehrheit auszuräumen. Am Abend aber ist der letzte quantitative Anhaltspunkt noch nicht verpackt worden, vielmehr hat die involuntäre Stimmenzahl, die das Volksschreien auf sich vereinigt, den denkbar eindringlichsten Beweis dafür geliefert, wie weit die Politik der Reichsregierung sich abwärts bewegt, von dem Maß der gegenwärtigen Unklarheit und Unsicherheit in den politischen Zuständen unserer engeren Heimat bereit zu werden, wie sie nach einer Reorganisation des Landtages und der Regierung stehen, bei der das bürgerliche Element den ihm nach seiner kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Bedeutung gebührenden Anteil an der Gestaltung der Weimarer Republik nehmen kann. Die bürgerlichen Parteien insgesamt sind dazu berufen, diesem latenten Drama des von ihnen vertretenen bedeutenden Teils der inländischen Bevölkerung die Möglichkeit der praktischen Auswirkung zu verschaffen, indem sie bei dem nunmehr in fühlbarer Weise ein vorbildliches Beispiel von Einigkeit geben und gern und willig überfall und in jedem Augenblick alles parteipolitische Eigenbrötlerei aufgeben, wenn es gilt, alle die machtvolles schaffenden und aufbauenden Kräfte, die im Bürgertum als solchem ohne Unterschied der Parteirichtung entspringen, durch die Erzielung eines Wahlergebnisses, an dessen ausschlaggebender Stelle keine sozialdemokratische Deutungslust zu rühren vermag, für das Allgemeinwohl nutzbar zu machen.

### Der Beamtenüberfluß bei der Post.

Berlin, 22. Aug. In einem Schreiben an den Reichsfinanzminister weist der Reichspostminister Giesberts darauf hin, daß die Post nach vorläufiger Schätzung etwa über 25 000 Beamte verfüge, die sie in ihrem Dienst nicht verwerten könne. Die Besetzung der über Bedarf vorhandenen Beamten beläuft aber die Reichspost auf fast 50 000 und mehr als die Postverwaltung zur Umwälzung, die von der Reparationskommission geforderte Ausleihung von Einnahme und Ausgabe im Posthaushalt herbeizuführen. Die überflüssigen Beamtenkräfte der einen Reichsverwaltung müßten bei Dienststellen anderer Reichsverwaltungen, die Arbeitskräfte benötigen, ungenutzte Beschäftigte finden. Meine bisherigen, heißt es dann in dem Schreiben, auch vom Reichstage unterstützten Bestrebungen, die Heberhebung einer größeren Zahl planmäßiger Postbeamten in andere Verwaltungen zu erreichen, haben nicht zu dem gewünschten Ergebnis geführt. Schon die Zahl der Beamten, die die Zoll- und Steuerverwaltung zu übernehmen sich bereitfinden, war in Verhältnis zu ihrem Bedarf und zu der Heberzahl der Beamten der Postverwaltung viel zu gering. Bei der Ausföhrung haben dann die Dienststellen der Zoll- und Steuerverwaltung manche Schwierigkeiten verursacht, die der Post nicht f6rderlich sein konnten.

Beispielsweise werden Beamte beanstanden, die früher Untersuchungsbeamte an ihre Verwaltung gek6hrt hatten. Das Reichsarbeitsministerium indes, worin vor einiger Zeit ein Mehrbedarf an Personal durch die Neuregelung der Abrechnung im Militärrentenwesen eintrat, hat Postbeamte, die mit der Abrechnung befaßt waren, nicht in seinem Dienst übernommen. Auch andere Reichsbehörden haben neue Kräfte eingek6hrt, obwohl ihnen bekannt sein mußte, daß die Postverwaltung zur Abgabe 6berzähliger Beamten in der Lage ist. Da in n6chster Zeit sowohl Zoll- und Steuerverwaltung, als auch das Reichsarbeitsministerium eine gr6ßere Zahl weiterer Beamtenkr6fte einzustellen veranlaßt sein d6rfen, muß ich den gr6ßten Wert darauf legen, daß 6berz6hlig Postbeamte von diesen Verwaltungen 6bernommen werden. In einem anderen Schreiben weist der Reichspostminister nach, welche Schwierigkeiten man bei der Hebernahme der Postbeamten nach und wie man versucht, ihnen den Uebertritt zu erleichtern.

### Der Postbeamtenstreik in Spanien.

Madrid, 22. Aug. Der Streik der Postbeamten dauerte an. Frauen wurden als Hilfspersonal eingek6hrt. In Madrid wurden Briefe durch die Polizei verteilt.



widerpricht den Interessen der Verbraucher in hohem Maße, weil dadurch der billigere Inlandszucker unnötig verteuert wird. Gerade bei den letzten Schwierigkeiten der Zuckerverfügung muß jede ungerechtfertigte Preissteigerung vermieden werden.

Käufersfreud auf dem Zwickauer Viehmarkt. Seit dem Sturz der Mark und dem ungeheuren Steigen der Viehpreise verkaufen die Viehhändler der Grenzorte mit Vorliebe ihr Vieh nach der Tscheho-Slowakei.

Das Reichsmietengesetz und seine Auswirkung für Dresden ist das Hauptthema in einer Verammlung der Deutschen Demokratischen Partei.

Der Posthelfer als Briefkastenmörder. Das Dresdner Schöffengericht verurteilte gegen den ehemaligen Posthelfer Paul Bruno Wolf wegen Verbrechens nach § 183 des Reichsstrafgesetzbuchs und wegen Unterschlagung.

Verbrechen nach § 179, 1 (Blutschande) des Reichsstrafgesetzbuchs betraf den Gegenstand einer Verhandlung vor der fünften Strafkammer.

Das 20jährige Jubiläum seines Eintritts in die Firma Carl Schaeffler, Edelstein- u. Schmuckfabrik, und Georg Schaeffler, Juwelier u. u. u. beging am gestrigen Dienstag unter vielfachen Ehren der Wirtinhaber beider Firmen Herr Eugen Schaeffler.

Aus der Mieterbewegung. Bezirksmietenratsschluß in Dresden. Mittwochs, abends 7 1/2 Uhr, Mietenoberverhandlung im Clublokal Bellevue, Kellertstraße.

Abenteuerliches von einer Sunda-Insel.

Sobald wie ein Märchen aus Tausendundeiner Nacht, gab wie ein Roman von Karl May lesen sich die Schilderungen aus dem Sultanat Schokha und Solo im Innern der Insel Java, Schilderungen, die eine eben von dort zurückgekehrte schwedische Malerin gibt.

Bereinsamhaltungen. Jungnationaler Bund. Ortsgruppe Dresden. Heute, Mittwoch, 8 Uhr, Mähdauerer-Turnhalle, Vertriebsrat. Donnerstag, 7 Uhr, Arbeitsgemeinschaft der Jungen (Fortsetzung von Hans Wagner).

Nährnahrung durch die Skulpturenabteilung zum Belten des Vereins Deutscher Künstler für die Stadt Dresden.

Johann-Strand-Gastspiel in der Musikschule. Heute, Mittwoch, abends 8 Uhr, im Saal des Johann-Strand-Gastspiels.

Amnion-Tal-Theater bringt im nächsten Spielplan nach längerer Zeit wieder einmal die drei Dresdner Revue in vier Akten von Winter-Tomlan, C. Bruner und B. Richter.

Die Feuerwehre wurde Montag nachmittags 1/4 Uhr nach Pilsener, Ecke Virzstraße gerufen, wo ein mit Gas beladener Wagen auf der Straßenbahnlinie zusammengebrochen war.

Heidenau. Auf einer Radtour wurde in Schmiedeburg bei Rippdorf der Eisenbahninspektor Bauer vom Bahnhof Heidenau plötzlich von einer Deraillierung befallen und verschied alsbald.

Virna. Der Raubmörder Raffka, der früher hier als Schlosser beschäftigt war und vor einigen Wochen in hiesiger Gegend Raubüberfälle und in der Pöbauer Gegend einen Raubmord verübte, wurde am Sonnabend in Wiesbaden festgenommen.

Kesselsdorf. Der hiesige Gemeindevorstand ist nach Brambach berufen worden. Seine Stelle soll am 1. Oktober d. J. neu besetzt werden.

Weichen. Am Sonnabend feierte in seltener geistiger und körperlicher Rüstigkeit der Holzspanstoffabrikant Eduard Mehlisch, hier, Neumarkt 9, sein 50jähriges Bürgerjubiläum.

Reichenau bei Mittau. Zwei Schmugglerinnen konnten hier in zwei aus Gabeln kammen, in Oppelsdorf zur Kur weilenden Damen verhaftet werden.

Vorschläge für den Mittagstisch. Jäger Suppe; Grießkloße mit Marmeladentunke.

Ämliche Bekannmachungen.

Lebensmittelfarben-Ausgabe. Im Interesse einer geordneten Geschäftsbetriebe ist es unbedingt nötig, bei der geordneten Lebensmittelfarben-Ausgabe die von den Verbrauchern schneidenden Karten-Ausgaben zu vermeiden.

Abenteuerliches von einer Sunda-Insel.

seit Generationen festgelegt, jede Bewegung eines Fingergliedes ist symbolisch - das Ganze ist tatsächlich eine Wissenschaft, deren Geheimnisse nur ein neunzigjähriger javanischer Prinz besitzt.

Der Fall ist nicht aufgeklärt worden; aber niemand zweifelte daran, was sich zugetragen hatte. Der Sultan, der nur sehr widerwillig dem Druck der holländischen Regierungsvertreter nachgegeben und den beiden Damen den Zutritt in Kraton gestattet hatte, wurde allmählich von ihren Studien und dem Gedanken an die geplante Veröffentlichung immer gereizter.

Nach diesem traurigen Ende ihres Aufenthalts auf Java begab sich die Malerin nach der Insel Bali, die östlich von Java liegt, und hier sah sie einiges von den Tänzen der Eingeborenen, die vollkommen anders waren als die Tänze auf Java.

Bermischtes.

Die Tolen im gehobenen Dampfer "Kwara". Aus dem gehobenen Dampfer "Kwara" wurden am Montag wiederum zwei Leichen geborgen, so daß bis jetzt nach der erfolgten Hebung des Schiffes elf weitere Opfer gefunden wurden.

Großes Schadenfeuer. In der Nacht zum Dienstag wurden die Anhaltischen Fabrikwerke-Aktiengesellschaft Robert Krause in Jonty durch ein riesiges Schadenfeuer größtenteils zerstört.

Manereinkurz. Bei Bauarbeiten, die an einem Hause in der Wettinerstraße in Berlin vorgenommen wurden, stürzte am Dienstag nachmittags eine Hausmauer ein und begrub unter ihren Trümmern vier Arbeiter, von denen einer sofort verstarb, während ein zweiter sehr schwere Verletzungen erlitt.

Explosionsunglück. In einem Steinbruch bei Beuerbach im Taunus explodierte vorgestern eine Dynamitpatrone und tötete den 67jährigen Tagelöhner Doende. Ein anderer Arbeiter wurde schwer verletzt.

Bootsunglück. Nach einer Meldung des Verl. Volk-Anzeigers aus Königsberg fand das Delmatisek in Klein-Maransen am Montag einen traurigen Abschluß.

Verbrecherjagd in Hamburg. Zwei junge Burken (soßen, wie die Blätter aus Hamburg melden, den 23 Jahre alten Inhaber einer Goldbankstelle nieder.

Tod in den Bergen. Nach einer Innsbrucker Meldung sind der Innsbrucker Arzt Dr. Ortman und der Hochschüler Schmidt aus Würzburg unterhalb der Wettersteinswand tot aufgefunden worden.

Holz gibt den Hungerstreik auf. Die der Antikörper Preussische Pressedienst teilt, hat der Strafgefangene Böck, der in den Hungerstreik eingetreten war, am 20. August wieder Nahrung zu sich genommen.

Hungerstreik eines österreichischen Wechselhändlers. Im Hamburger Polizeigefängnis befindet sich seit einigen Tagen der Oesterreicher Kohlhöfer, der von der österreichischen Behörde wegen Betrugs und Wechsel Fälshung verurteilt wird.

Ein Gasthaus, in dem Dr. Martin Luther gewohnt hat. In dem Städtchen Mittenberg in Unterfranken steht noch heute ein alterwürdiger Bau, das Gasthaus "Zum Meisen", wahrscheinlich das älteste Gasthaus ganz Deutschlands.

Das geklimate Brodengespinn. Das sogenannte "Brodengespinn", jene schwebel ungeheuren Schattensilder, die sich zuweilen auf hohen Bergen bei tiefstehender Sonne zeigen, ist jetzt auch im Film festgehalten worden.

Gefangene Begräbnis. Ich siehe vorne auf der Platteform der Elektrischen und bemerke unterwegs auf der Straße meine Frau. Ufriges Quitschmen melnerseits - selbastes Kopfschütteln und Winken auf Seiten meiner teuren Ehegattin.

Albert-Theater-Oper

Albert-Theater-Oper (Neustädter Schauspielhaus) Täglich 7,8 Uhr. Heute Mittwoch Zum letzten Male! Der Wildschütz Als Gäste: Wanda Schnitzing vom Stadttheater Nürnberg, Marga Nelsch vom Stadttheater Breslau, Hans Grahl vom Stadttheater Leipzig. Donnerstag den 24. und Freitag den 25. August Der Barbier von Sevilla. Sonnabend den 26. bis Donnerstag den 31. August Die schöne Helena. Als Gäste: Elsa d'Heurouse und Friedrich Zohsel, Maximilian Grahl.

Dresdener

Donnerstag für Sport-Turnen am 22. August. 1. Rennen: Stall...

Frankfurt a. M., 22. August. (Die Drahtmetz.) 1. Rennen: 1. Paletti...

Dresdner Kampfpiele 1922.

Damen-Schwimmklub Hadwig-Dresden (Antons) über 5/8 Kilometer am 22. August, abends 7/8 Uhr.

Exzesspunkte für die 1., 2. und 3. Schwimmerin 4,30 Uhr...

Die Schwimmerinnen haben den abfließenden Damm einen Grab...

Es nehmen an der Damen-Hoffel teil: Folgende 1. Mannschaft...

Deutsche Leichtathletikmeisterschaften.

Über den Verlauf des Schlusstages erfahren wir noch: Den...

Radsport.

Wahlver-Veren Trachen und Umgebung (S. N. B.). Am...

Radsport.

Dresdner Sportklub gegen Fußballklub VfL Radeberg. Für...

Radsport.

Internationaler Scrublauf, Niesel und Popp (1. Fußballklub)...

Turnspiele.

Handballspiele der Gaugruppe Elbtal (D. T.). Im Rahmen...

Tennis.

Deutsche Tennismeisterschaften in Hamburg. Weitere Entsch...

Wassersport.

Der Schwimmklub Völsdon veranstaltet heute, Mittwoch, ab...

haben mitzuschwimmen, vor allem aber zu der Beisprechung im...

Dresdner Schwimmklub Hadwig-Dresden (Antons) über 5/8 Kilometer...

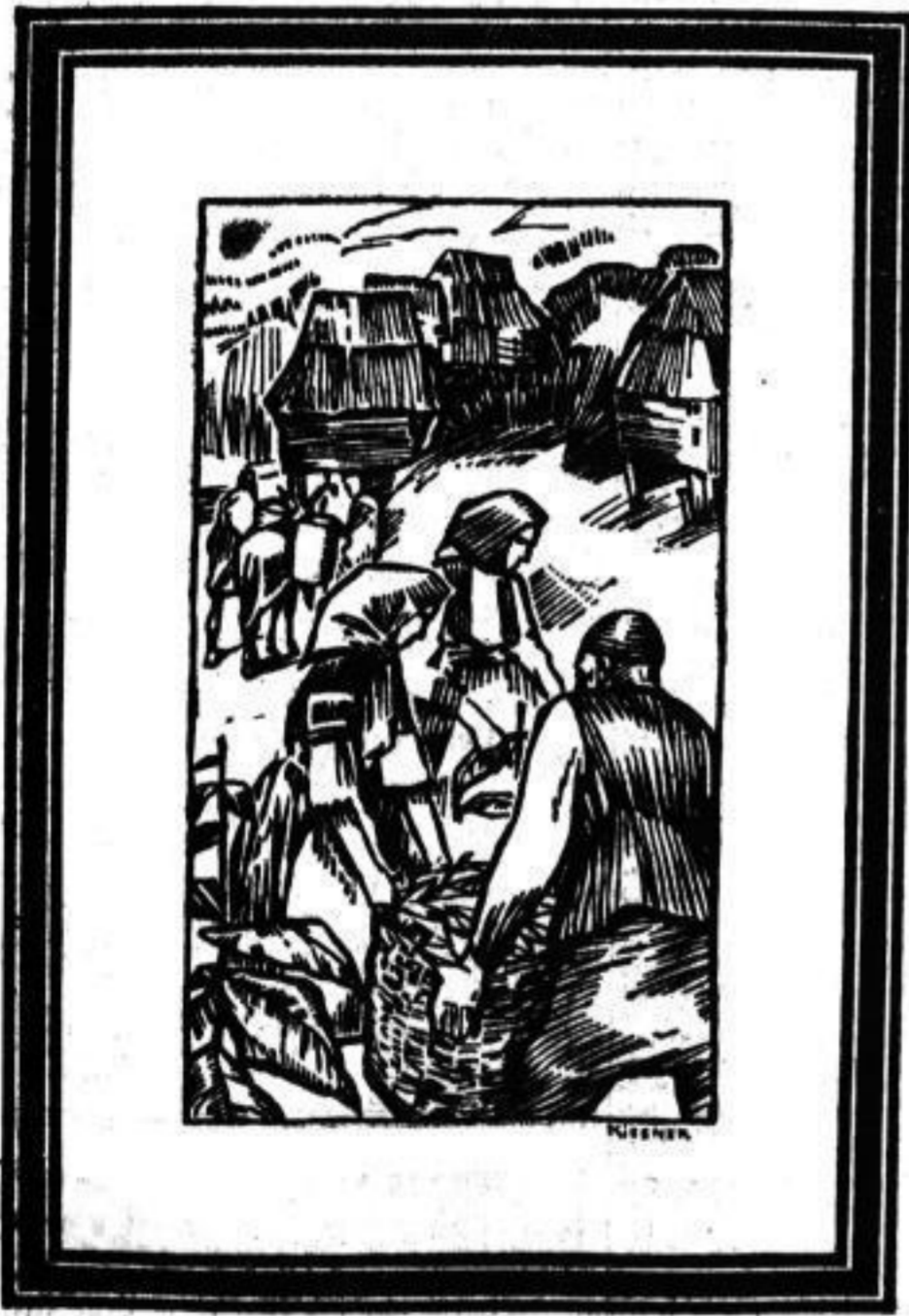
Baummann vom Dresdner Schwimm-Verein in Leipzig. Bei dem...

Deutsche Schwimmmeisterschaft. In Bad Nauhausen sind die...

Belimexer Capablanca feigt in London. Im Internationalen...

Vereinskalender

Amliche Bekannmachung des Jugend-Ausschusses Gau Ostfachsen im D. M. B. D.



Advertisement for Haus Neuerburg-Marken featuring a windmill illustration and text describing tobacco products.

Dr. 394

Seite 5

Handelskammererhebung.

In der Gesamtsitzung der Handelskammer Dresden vom Dienstag mittag wurde nach Bericht des Kammerpräsidenten...

einigt in großen Verbänden, können sich durch Preisvorbehalte gegen übermäßige Konkurrenzverluste schützen.

Die neue Erhöhung der Ausfuhrabgabe und die Industrie.

Der Verband sächsischer Industrieller hat anlässlich des Beschlusses des wirtschaftlichen Ausschusses des Reichswirtschaftsrates...

Die in dem oben erwähnten Beschlusse vorgelegene nachträgliche Herabsetzung der einmal erhöhten Ausfuhrabgaben...

Der Verband sächsischer Industrieller fordert seine Mitglieder auf, ihm, soweit sie es noch nicht getan haben, unverzüglich Material einzuliefern...

Die Riesenpläne der Vereinigten Staaten. Die Tarifvorlage ist am Sonntag dem Senat angenommen worden. Sie wird als eine außerordentliche schutzbringende Maßnahme...

War Kohl u. A. in Chemnitz. Die Gesellschaft weilt für 1921/22 nach Abzug von 1.843.097 M. (708.477 M.) Steuern und 474.102 M. (89.251 M.) Abschreibungen einen Reingewinn von 4.136.139 M. (1.888.188 M.) aus...

Weldentwertung und Einzelhandel.

Die einseitige wertschwächende Tendenz, die der wäbrte Wert des Geldes sich nicht richtet nach dem ihm ausgedrückten oder ausgedrückten Nominalwert...

Das zum Ausdruck des Weltkrieges trat der Unterschied zwischen Nominalwert und Marktwert überhaupt nicht hervor. Das lag einmal daran, daß mit einer Geldmengenvermehrung...

Mit dem Ausbruch des Weltkrieges wurde das andere, wenn gleich auch dem oberflächlichen Beobachter zunächst keine Bedeutung hat...

Die Entwertung nahm in der sich anschließenden 'Kriegsperiode' einen immer schnelleren Verlauf. Die Teufelsschnecke der Reparationszahlungen...

Die Entwertung des Geldes. Wenn z. B. ein Kaufmann für eine Ware einen Preis von 1000 M. fordert...

Die Entwertung des Geldes beginnt aber nicht nur der Verbraucher, bei dem er noch am leichtesten verständlich ist, nein, auch der Kaufmann selbst...

Wohlbekanntlich war es, daß auch der Verbraucher die Entwertung nicht am besten versteht...

Kraemer'sche Thüringer Aktien-Gesellschaft in Gispersleben. In der ordentlichen Hauptversammlung, in welcher 35 Aktionäre...

Der mitteldeutsche Kohlenbergbau im Juli. Im Gebiete des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues betrug nach vorläufigen Erhebungen die Kohlenförderung im Berichtsmonat...

Der Verband Deutscher Dachpappenfabrikanten hat ab 19. August die folgenden neuen Richtpreise für die Dachpappe festgesetzt...

Wesentliches des Verbandes sächsischer Industrieller. Der Verband sächsischer Industrieller hat den für die diesjährige Herbstmesse geplanten offiziellen Besuch seines Gesamtvorstandes...

Die Entwertung des Geldes. Die französische Regierung hat eine Liste derjenigen Waren herausgegeben, die bei Lieferung auf Reparationskonto...

Die tschecho-slowakische Wirtschaftskrise. Anlässlich der Weidenberger Messe hielt der deutsche Exportverband für Industrie in der Tschecho-Slowakei eine Versammlung ab...

Deutscher Metallmarktbericht vom 14. bis 19. August. (Mitgeteilt von der Metall- und Rohstoff-Gesellschaft m. B. G., Berlin S. O. 10, Koenigsplatz 80.) Der panikartige Rückgang der deutschen Metallpreise...

Schiffnachrichten. (Mitgeteilt von der Generalagentur des Norddeutschen Lloyd, Dresden-K., Prager Straße 49.) Bremen - New York: Dampfer 'Siedlich'...

Warenkurse, Rohwarenterminierungen usw. Sächsische Aufgeboden: Kaufmann Kurt Adolf Richard Schwarz...

Wechselkurse im Freiverkehr am 22. August bis abends 6 Uhr. (Mitgeteilt von Gebr. Arnhold in Dresden.) Holland (100 Gulden) 20.000...

Dresdner Börsen-Freiverkehr vom 22. August. Mitgeteilt vom Bankhaus Besenose & Frische, Dresden, Gewandhausstr. 5.

Table with 4 columns: Name, Price, Name, Price. Includes items like 'Sachsische Aufgeboden', 'Kaufmann Kurt Adolf Richard Schwarz', etc.

Leipziger Kurse vom 22. August. Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt 238, Leipziger Hypothekbank 148...

BANKHAUS Heilmann VIKTORIASTR. 3. AUSFÜHRUNG SÄMTL. BANK- u. GESCHÄFTE + ABTEILUNG FÜR HYPOTHEKEN u. GRUNDSTÜCKE.

Dresdner Nachrichten Seite 6 Mittwoch, 23. August 1922 Nr. 394



